

Geldpolitik zwischen Finanzmarktstabilität und Inflationsbekämpfung

Im letzten Jahrzehnt schien der Hauptfeind der Zentralbanken im entwickelten Kapitalismus die Deflation zu sein: Seit der Finanzmarktkrise von 2008 haben diese versucht, durch expansive Geldpolitik und die Flutung der Finanzmärkte mit liquiden Mitteln die Inflationsraten auf zwei Prozent zu steigern, die Wirtschaft anzukurbeln und neue Krisen an den Finanzmärkten zu verhindern. Die Neudefinition der geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2021 war „vor allem durch die Furcht vor einer Deflation geprägt“, schreibt Georg Quaas (20) in der *Berliner Debatte Initial*.¹ Die klassische, in den Satzungen der Notenbanken festgeschriebene Hauptaufgabe, die Sicherung der Geldwertstabilität (= Verhinderung von Inflation), trat in den Hintergrund. Die Zentralbanken der westlichen Länder praktizierten eine „neue Geldpolitik“, die nun aber durch jüngste Entwicklungen, den steilen Anstieg der Verbraucherpreise seit Ende 2021, erneut unter Druck gekommen ist. Hintergründe und Widersprüche der Geldpolitik im finanzierten Kapitalismus zu diskutieren und verständlich zu machen, ist Ziel des Heftes.

Die meisten Zentralbanken, so auch die EZB und die Deutsche Bundesbank (die zwar einen Teil ihrer Aufgaben auf die EZB übertragen hat, dadurch aber keineswegs überflüssig geworden ist) halten formell weiter am „monetaristischen Credo“ fest, demzufolge Preisniveaustabilität dann gesichert ist, wenn sich Geldmenge und Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Gleichschritt verändern. Da, so die neoliberale Grundannahme, Märkte immer zum Gleichgewicht tendieren, müssten die Zentralbanken lediglich dafür sorgen, dass die Geldmenge nicht stärker zunimmt als das BIP. Übersehen wird dabei u.a., dass mit Geld auch Vermögenswerte wie Aktien und Immobilien gekauft werden, Aktivitäten, die wenig mit der Veränderung des BIP zu tun haben, wie Fritz Helmedag herausarbeitet (50). Tatsächlich habe sich die Praxis der Notenbanken spätestens seit der Finanzmarktkrise 2008 grundlegend geändert. An die Stelle der formell immer noch prioritären Aufgabe der Sicherung der Geldwertstabilität sei in Wirklichkeit die Stabilisierung der Finanzmärkte als wichtigste Funktion der Zentralbanken getreten. Um den Zusammenbruch des globalen Finanzsystems zu verhindern, fluteten die Zentralbanken die Märkte mit Zentralbankgeld: Sie schufen „neuartige geldpolitische Instrumente, die es Banken und Nichtbanken, also auch Investmentfonds, Geldmarktfonds und Asset-Managern ermöglichten, im Austausch gegen Wertpapiere unbegrenzt liquide Mittel, also Zentralbankgeld, zu erhalten“, so Ulrich Busch (9) In großem Umfang wurden öffentliche und private Anleihen gekauft, so dass die Zentralbanken heute zu den größten Gläubigern der Staatshaushalte gehören. Das Schattenbankensystem, das nach der Deregulierung der Finanzmärkte seit den 1990er Jahren entstanden war, wurde

¹ Berliner Debatte Initial, 33. Jahrgang, Heft 2, Neue Geldpolitik. 147 Seiten, 15 Euro, <http://bestellung@welttrends.de>

weiter gefördert: Es kam „zu einer fundamentalen Umstrukturierung (des Finanzmarktes, JG) zugunsten des Schattenfinanzsystems“, schreiben Michael Heine und Hansjörg Herr (36). Die Zentralbanken wurden von „Lendern of Last Resort“ (Kreditgeber letzter Instanz) zu aktiven Finanzmarktakteuren. Damit gerieten sie in immer größere Abhängigkeit von den Finanzmärkten. Diese aber sind – auch wegen der inzwischen dominierenden Rolle der Schattenbanken – strukturell instabil. „Ein zurück zu den alten Regeln ... erscheint ausgeschlossen“, meint Busch (16). Die „neue Geldpolitik“ stellt eine Anpassung der Zentralbanken an eine neue Kapitalismusvariante dar, argumentieren Heine und Herr (35).

In diesen Prozess platzten Ende 2021 Nachrichten über ungewöhnlich starke Preiserhöhungen, verursacht zunächst durch explodierende Energiepreise und gestörte Lieferketten. Die anfängliche Hoffnung, dabei handele es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung, hat sich nicht bewahrheitet: Inflationsraten nahe zehn Prozent scheinen sich global zu verallgemeinern. In Reaktion darauf erhöhte zunächst die US-amerikanische Notenbank FED erstmals seit Jahren ihren Leitzins. Inzwischen zeichnet sich auch in Europa ein Ende der expansiven Geldpolitik ab: „Damit aber verstärkt sich die Gefahr einer Rezession und, wenn es nicht gelingt die Teuerung zu stoppen, das Abdriften der Europäischen Union in eine Stagflation.“ (Editorial, 2) Die Notenbanken geraten in neue Zielkonflikte: Einerseits die Verhinderung von Finanzkrisen durch Schaffung von Liquidität, andererseits die Verhinderung einer „inflationären Lohn-Preis-Spirale“ (ebd.).² Vielfach wird die Zentralbankpolitik der letzten Jahre verantwortlich gemacht für die wiederbelebte Inflation. Die Behauptung von Dirk Ehnts: „Niemand glaubt heute noch ernsthaft, dass die Leitzinsen der EZB einen sehr großen Einfluss auf die Wirtschaft haben“ (105), trifft sicher nicht auf die deutschen Leitmedien zu. Ungeachtet der empirisch nachweisbaren Realität³, wird ein Zusammenhang zwischen Leitzinsen, Geldmengenentwicklung und Inflation unterstellt. Dieser Aspekt der anhaltenden medialen Präsenz des „monetaristischen Credo“ und ihrer Wirkung u.a. auf die sozialen Auseinandersetzungen wird in den durchweg spannenden Beiträgen des Heftes etwas vernachlässigt. Neben den fünf Hauptartikeln zur neuen Geldpolitik der Zentralbanken finden sich drei ebenfalls lesenswerte Beiträge, die sich mit der Modern Monetary Theory (MMT) auseinandersetzen. Die MMT bietet eine (auch in der Linken umstrittene) Lösung eines Grundproblems der klassischen und auch der neuen Geldpolitik an, nämlich der Tatsache, dass Geldpolitik und Fiskalpolitik zusammengehen müssen, wenn eine Wirtschaftssteuerung gelingen soll.

Jörg Goldberg

² Wenn überhaupt müsste eher von einer Preis-Lohn-Spirale gesprochen werden.

³ Schon 2016 galt: „Damit ist die Korrelation zwischen Geldmengenwachstum und Inflationsrate im Euroraum nach dem Ausbruch der Eurokrise nicht mehr gegeben – offenbar gab es hier einen Strukturbruch.“ (Institut der deutschen Wirtschaft, IW policy paper 17/2016, Geldmenge und Inflation in Europa: Ist der Zusammenhang verloren?, 8)

„New Left Review“ zum russisch-ukrainischen Krieg

Ungeachtet der stetig sich verändernden Lage im russisch-ukrainischen Krieg ist das bereits im April erschienene Doppelheft der *New Left Review* mit einem Schwerpunkt zum Thema nach wie vor aktuell.¹ In ihrem Editorial und Leitartikel weist die Herausgeberin *Susan Watkins* zunächst auf die selektive Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeiten hin. Diese Aufmerksamkeit sei auf Bombardement und Beschuss ukrainischer Städte durch die russische Armee gerichtet, während sich kaum jemand für die hunderttausenden Toten und Verwundeten infolge des Krieges interessiere, den Saudi-Arabien, unterstützt von westlichen Staaten, gegen die Bevölkerung im Jemen führe (bzw. geführt hat). Das Missverhältnis führt Watkins unter anderem auf die Berichterstattung zurück; die großen US-Fernsehanstalten hätten dem russisch-ukrainischen Konflikt im ersten Monat rund ein Drittel ihrer Sendezeit für Nachrichten gewidmet. Sodann hinterfragt die Autorin das im westlichen Medien- und Politikbetrieb vorherrschende Narrativ. Dieses besagt, dass erstens Russlands Furcht vor der NATO unbegründet bzw. vorgeschoben sei, um den Angriff auf die Ukraine zu rechtfertigen, dass zweitens die NATO rein defensiv sei und dass drittens die Ukraine als souveräner Staat das Recht habe, dem Militärbündnis beizutreten. Dem hält Watkins entgegen, dass der russische Angriff zwar nicht zu rechtfertigen, dass er aber provoziert worden sei. Die US-geführte NATO sei seit ihrer Gründung offensiv gegen die durch den Zweiten Weltkrieg ausgeblutete Sowjetunion gerichtet gewesen; nach deren Ende seien Russlands Annäherungsversuche stets zurückgewiesen worden. Mit der Ukraine habe es indes seit dem „Euromaidan“ eine intensive Militärkooperation gegeben. Zitiert wird der US-Historiker Stephen Kotkin mit den Worten, dass zwar die Ukraine nicht in der NATO sei, dass aber die NATO nach 2014 in der Ukraine war. Russland habe auf diese Entwicklungen mit einer Mischung aus rationaler Machtpolitik und einem „großrussischen Chauvinismus“ (Lenin) reagiert. Watkins kommt zu dem Schluss, dass es sich um einen Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem Westen handle, der für die Ukraine, perspektivisch aber auch für Russland, zerstörerisch sei.

In einem ausführlichen Interview skizziert der ukrainische Soziologe *Volodymyr Ishchenko* die jüngere Geschichte der Innenpolitik seines Landes. Lange seien die Verhältnisse erstaunlich stabil geblieben, wenngleich die Regierung einige der schlimmsten Züge der KPdSU aufgewiesen habe, vor allem Paternalismus, Bürokratismus und eine „Politik des starken Mannes“. Durch den „Euromaidan“ hätten militante neofaschistische Organisationen – v.a. Swoboda, Rechter Sektor und das „Regiment Asow“, das dem Innenministerium unterstellt wurde – stark an Einfluss gewonnen, während die Linke verloren habe. Ishchenko veranschaulicht dies am Beispiel der Kommunistischen Partei der Ukraine. Noch 2012 kam die KP auf 13 Prozent bei den Wahlen; 2014 verpasste sie hingegen den Einzug

¹ *New Left Review*, Jan./Apr. 2022, 133/134, 228 S., 10 £, <https://newleftreview.org/>

ins Parlament, was allerdings auch mit dem Verlust der Krim und der Separatistengebiete im Osten zu tun habe, wo die Partei ihre Hochburgen hatte. 2015 wurde sie verboten. Linke, aber auch Roma, Feministinnen und Menschen aus der LGBTQI-Szene seien immer wieder Ziel von Überfällen rechtsextremer Kräfte geworden (u.a. wurde der damalige Bürgermeister von Charkiw angeschossen). Gleichwohl seien diese Kräfte durch ihr Bündnis mit dem prowestlich-nationalliberalen Block im „Euromaidan“ in den Augen der Öffentlichkeit legitimiert worden. Die Unterstützung nationalistischer und prowestlicher Positionen korreliere mit dem Einkommen, d.h. je höher das Einkommen, umso wahrscheinlicher die Unterstützung. Das unter Vermittlung westeuropäischer Staaten ausgehandelte Minsker Friedensabkommen mit Russland sei als „Verrat“ und ein „Einknicken“ gegenüber dem Feind betrachtet worden, weshalb die Ukraine dieses Abkommen nie eingehalten habe. Der amtierende Präsident Wolodymyr Selenskyj sei unter anderem mit dem Versprechen angetreten, eine friedliche Verständigung mit Russland zu erreichen. Trotzdem habe er keine Koalition zur Unterstützung des Minsker Abkommens gebildet, außerdem sehe er sich innenpolitisch offenbar gezwungen, auf die rechten und nationalistischen Kräfte Rücksicht zu nehmen. Gleichzeitig habe die prorussische Opposition bereits vor dem Krieg politisch an Boden verloren, weil die herrschende Klasse in Russland unfähig sei, durch eine auch für die Ukraine attraktive Entwicklungsperspektive Führung zu übernehmen, statt einfach nur Macht über die Menschen auszuüben. Aber erst der Krieg habe zur Herausbildung einer ukrainischen Identität im Land geführt. Mit Blick auf den Westen fragt Ishchenko, warum die USA den russischen Angriff zwar – zutreffend – vorhergesagt, aber nichts unternommen haben, um ihn zu verhindern, etwa indem sie in ernsthafte Verhandlungen über die russischen Forderungen eingetreten wären. Im Fall eines langandauernden Krieges könne sich die Ukraine in ein „Afghanistan in Europe“ (38), also einen auf Jahre oder Jahrzehnte nicht zur Ruhe kommenden Unsicherheitsherd verwandeln.

Tony Wood, Redakteur der *New Left Review*, vertieft in seinem Beitrag zur Geschichte des russisch-ukrainisch-amerikanischen Konflikts die Ausführungen Ishchenkos. Er zitiert eine Aussage der ehemaligen US-Außenministerin und Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton vom 28. Februar 2022 gegenüber dem Sender MSNBC, also wenige Tage nach dem russischen Einmarsch: Afghanistan in den 1980ern sei „the model that people are now looking toward“ (62). Die Idee dahinter ist offensichtlich, dass der Krieg im Interesse der USA ist und zum Verlust der Großmachtstellung Russlands führt, so wie der durch US-Waffenlieferungen angeheizte Afghanistankrieg das Ende der Sowjetunion einleitete. Auf der Seite Russlands sieht Wood den Krieg nicht nur in geopolitischen, sondern auch in ökonomischen Interessen (die Ukraine soll wirtschaftlich stärker mit Russland als mit der EU verflochten sein) sowie in nationalistischer und antisowjetisch-revisionistischer Ideologie begründet.

Michael Zander

Jeffrey Sachs zum Ukraine-Krieg und den Neocons

Lothar Wolfstetter, marxistischer Publizist aus Heidelberg, hat im Materialis Verlag eine Broschüre zum Ukraine-Krieg herausgebracht, die er laufend über seinen Newsletter aktualisiert.¹ Im jüngsten Nachtrag geht er auf Differenzen in der US-amerikanischen Elite über die außenpolitische Orientierung der Biden-Regierung ein. Er verweist dabei auf einen von der „Berliner Zeitung“ nachgedruckten Artikel von Jeffrey Sachs, Wirtschaftswissenschaftler der Columbia University, New York. Sachs war in der Vergangenheit ein hochrangiger Berater der US-Regierung und der Vereinten Nationen, des IWF, der Weltbank, der OECD, der WTO und anderer Institutionen. Er betätigte sich, finanziert von Georg Soros, als Solidarnosc-Berater und hatte 1989 als IWF-Berater das „Marković-Sachs-Programm“ für Jugoslawien angeregt, das zum raschen Kollaps der jugoslawischen Exportwirtschaft führte. Er gehörte zu jenen, die für die ehemaligen sozialistischen Länder die sofortige Privatisierung als „Schock-Therapie“ im Übergang zum Kapitalismus empfohlen hatten und war ab 1991 in dieser Funktion auch in Russland tätig. Er wird von Naomi Klein in ihrem Buch „Schockstrategie“ ausführlich als jemand gewürdigt, der zum Aufstieg des „Katastrophenkapitalismus“ beigetragen hat und weiß, was in Osteuropa gespielt wird.²

Wolfstetter hebt mit Bezug auf die Veröffentlichung in der „Berliner Zeitung“³ die Differenzen zwischen Sachs und den Neokonservativen in den USA hervor, wenn er ihn wie folgt zitiert: „Der Krieg in der Ukraine ist der Höhepunkt eines 30-jährigen Projekts der amerikanischen neokonservativen Bewegung (Neocons). In der Regierung Biden sitzen dieselben Neokonservativen, die sich für die Kriege der USA in Serbien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003) und Libyen (2011) stark gemacht haben und die den Einmarsch Russlands in die Ukraine erst provoziert haben.“ Sachs vertritt hier ähnliche Positionen wie Mearsheimer, Kissinger oder Georg F. Kennan. Seines Erachtens „steuert Biden die Ukraine, die USA und die Europäische Union in ein weiteres geopolitisches Debakel. Wenn Europa einen Funken Einsicht hat, wird es sich von diesen außenpolitischen Debakeln der USA distanzieren.“ Zu der in den 1970er Jahren entstandenen neokonservativen -Bewegung rechnet Sachs als einflussreichste Vertreter Norman Podhoretz, Irving Kristol, Paul Wolfowitz, Robert Kagan und dessen Ehefrau Victoria Nuland. Während Robert Kagan als Strategieberater die NATO-Osterweiterung einschließlich der Ukraine forderte, war seine Ehefrau Victoria Nuland, so Sachs, „unter George W. Bush Jr. als US-Botschafterin bei der NATO tätig. Nuland war die neokonservative Akteurin par excellence. Zu-

¹ Lothar Wolfstetter, Russland raus aus der Ukraine. Eine alternative Analyse des Ukraine-Kriegs. Materialis HDBextra 27, Biberach 2022, 90 S., 8,90 Euro. Bezug über www.materialis.org.

² Vgl. Naomi Klein, Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus, Frankfurt am Main 2009, S. 201ff, 247ff., 341ff.

³ Jeffrey Sachs, Die Ukraine ist die neueste Katastrophe amerikanischer Neocons, in: Berliner Zeitung vom., 30. 6. 2022.

sätzlich zu ihrer Tätigkeit als Bushs Botschafterin bei der NATO war Nuland von 2013 bis 2017 Barack Obamas stellvertretende Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten, wo sie am Sturz des prorussischen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytsch beteiligt war, und ist jetzt Bidens Unterstaatssekretärin, die die US-Politik gegenüber dem Krieg in der Ukraine leitet.“ Wolfstetter betont die enge Bindung der Neocons an die von Brzezinski propagierte Strategie der machtpolitischen Auseinandersetzung um die Ukraine (EU- und NATO-Beitritt), und zitiert Sachs, der die Auffassung vertritt, dass die neokonservative Richtung sich im Vorfeld des russischen Einmarsches bewusst gewesen sei, dass „der Kreml“ hier zu einem militärischen Konflikt bereit sei. Sachs beurteilt das neokonservative Führungspersonal in der US-Außenpolitik so: „Die Ansichten der Neokonservativen beruhen auf der falschen Annahme, dass die USA aufgrund ihrer militärischen, finanziellen, technologischen und wirtschaftlichen Überlegenheit in der Lage sind, die Bedingungen in allen Regionen der Welt zu diktieren. Diese Position ist sowohl von bemerkenswerter Hybris als auch von bemerkenswerter Geringschätzung von Beweisen geprägt.“ In der Ukraine, so Sachs, „waren die Neocons bereit, eine militärische Konfrontation mit Russland zu provozieren, indem sie die NATO gegen die vehementen Einwände Russlands erweiterten, weil sie der festen Überzeugung sind, dass Russland durch die finanziellen Sanktionen der USA und die Waffen der NATO besiegt werden wird.“ Sachs bezweifelt die Wirksamkeit der Sanktionen gegen Russland und vermutet einen „Bumerang-Effekt“ für den Rest der Welt. Am wahrscheinlichsten sei, „dass Russland einen großen Teil der Ukraine erobern wird“, mit wachsender Frustration in Europa und den USA und der Gefahr, dass in den USA „ein rechter Demagoge“ an die Macht komme, „der verspricht, Amerikas verblichenen militärischen Ruhm durch gefährliche Eskalation wiederherzustellen.“ Statt dessen plädiert Sachs dafür, „die neokonservativen Phantasien der letzten 30 Jahre zu beenden und die Ukraine und Russland an den Verhandlungstisch zurückzuholen, wobei sich die NATO verpflichtet, ihr Engagement für die Osterweiterung um die Ukraine und Georgien im Gegenzug für einen tragfähigen Frieden zu beenden, der die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine respektiert.“

Wolfstetter ergänzt mit dem Hinweis, dass Biden als Vizepräsident unter Obama bis 2016 für die Ukraine-Politik der USA verantwortlich war.

André Leisewitz